

Für Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher Abrechnung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., anfalls Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte mit keine Übernahme. Rücksendung nur mit Aufschlag: "Saale-Zeitung" gefälligst.

Num. 550.

Halle a. S., Donnerstag, den 24. November.

1910.

Gegen den Zweikampf.

Wieder eine Duellaffäre! Es handelt sich diesmal nicht um einen Fall, der sich in Deutschland abgespielt hat. Aber die Grenzen des deutschen Interesses reichen zu weit, doch weiter als die Grenzen des Deutschen Reiches. Der Duellkampf ist eine Geißel, unter der das aufgeklärte Deutschland mehr als andere europäische Völker zu leiden haben, weil wir dank der loganamenten Standesbegriffe innerlich unserer Feindschaft nach dieser Richtung hin besonders schlimm daran sind.

Ausführliche Nachrichten aber, die inzwischen über die Affäre zu uns gelangt sind, zeigen, daß der Fall beträchtlich anders liegt. Es hat sich nämlich die einen Teil der dänischen Aristokratie sehr ehrende Tatsache herausgestellt, daß fast die Hälfte der Kopenhagener Adelsgeellschaft dem Votobeschluß einstimmt mißbilligt und die Duellverweigerung des Grafen Knud-Silvendast unabweisbar gutheißt.

Mehr als tausendmal schon ist aus dem Lager des Fortschrittlichen auf die schreiende Unbill hingewiesen worden, der darin besteht, daß die gesellschaftlichen Ansehungen gerade derjenigen Kreise, die sich die Haatserhaltung nennen, ein Vergehen gegen das Rechtsamt des Lebens stützen, obwohl die Geleise des Staates dies Vergehen unter Strafe stellen. Es wird von duellfreundlicher Seite immer wieder gesagt, daß der Zweikampf darum nicht zu entscheiden sei, weil es Fälle gäbe, in denen ein Weidwider sich sein Recht gar nicht auf eine andere Weise verschaffen könne als mit der Waffe in der Hand.

schaffen könne als mit der Waffe in der Hand. Aber welche ungläubliche Verbortheit liegt darin, das von tausend Zufällen abhängige Ergebnis eines Zweikampfes als „Recht“ zu bezeichnen! Recht ist nicht, den heiligen Begriff der Gerechtigkeit beschmücken, wenn man den Erfolg eines geschickten Fittenschießens als „Recht“ bezeichnet? Sind sich denn diese „Staatsbediensteten“ Verhältnisse nicht darüber klar, daß die Wespenheute, sich gewissermaßen hinter dem Rücken der Justiz ihr angebliches Unrecht Klandestine zu nehmen, dem Anarchismus verwandter ist als selbst den reaktionärsten Staatsbegreifen?

Allerdings, diesem Unfug beigekommen, wird dem Fortschritt noch ein schweres Entgelt kosten. Bis an die Wurzel des Übels ist ja schwer heranzukommen. In Dänemark wird das Duell mit Gefängnis bestraft. Bei uns nur mit Zehnjähr. Möglich, daß mit einer Strafschärfung einiges zu erreichen wäre. Möglich, aber sehr unwahrscheinlich. Ganz davon abgesehen, daß der Versuch, eine solche Strafschärfung durchzuführen, bei dem Uebergewicht, das die reaktionären Elemente in unserer Gesetzgebung haben, fast aussichtslos wäre. Nötiger als eine Strafschärfung wäre eine Reform der veralteten und verfallenen Standesauffassung innerhalb der Aristokratie und auch des Studententums.

Freilich, solche Reformen liegen ebenso weit im Felde, solange die einzige Perle von im Reiche, die einen wirklichen nennenswerten Einfluß auf die Standesauffassung der Aristokratie hat, keinerlei Wirkung, diesen Einfluß im Sinne des Fortschrittes zu gebrauchen; der Kaiser. Es wäre gewiß ein trauriges Volk, das sein Oberhaupt in der Ausübung seines vollstimmigen Kaiserrechtes, des Rechtes der Begnadigung, beständigen wollte. Aber, es muß erlaubt sein, darauf hinzuweisen, daß Wilhelm II. hinsichtlich der auf Grund des Duellparagrafen Verurteilten einen etwas sehr reichlichen Gebrauch von seinem Begnadigungsrecht macht. Wie das die duellfreundlichen Kreise aufnehmen und deuten, liegt ja auf der Hand.

Deutsches Reich.

Die Dienstanweisung für die Reichspostbeamten

hat seit 1. November 1910 eine bescheidene Veränderung erfahren. Ueber die politischen Willkür des Beamten hieß es bisher, der Beamte darf „keine Handlungen begehen, welche eine feindselige Parteinahme gegen die Reichsregierung oder gegen einen Bundesstaat betreffen oder in sich schließen.“ Diese Fassung besteht seit 1891; man ist schlecht und recht mit ihr ausgekommen, wie eben die Verwaltungspraxis von dieser Ordnung Gebrauch machte. Das Wort „feindselig“ mochte wohl von Hause aus auf die „staatsgefährdenden“ Tendenzen der Sozialdemokratie gemünzt sein; in der Zwischenzeit aber hat sich ergeben, etwa im

Neue Justiz hat Beamten, denen mit dem besten Willen keine staatsfeindliche Bestimmung nachzulegen kann, durch die Willkür ihres Gewissens gegen die Staatsregierung auftreten mußten. Sie wollten, auch als Beamte, das Recht ihrer staatsbürgerlichen Kritik gewahrt wissen. Eine peinliche Ueberrückung war es deshalb für eine große Anzahl von Beamten, als sie sahen, daß dieser politische Satz in der neuen Dienstanweisung „unmissverständlich“ war. Er hat das Wort „feindselig“ verloren und lautet jetzt so: „Die Beamten müssen . . . alle Handlungen meiden, die eine Parteinahme gegen die Reichsregierung oder die Regierung eines Bundesstaats betreffen.“ Diese weitere Fassung, so meinte die „Hilfe“, kann nicht zufällig sein, und man wird ihr ein herzhaftes Mitstehen entgegenstellen. Es heißt aufpassen, daß nicht aus dieser bescheidenen Veränderung eine Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten herausfließe.

Einheitliche Regelung der Konkurrenzklausei.

Während die übergroße Majorität der Angestellten, Unternehmer und auch Juristen in der Hinsicht ist, daß die Neuregelung der gesetzlichen Bestimmungen über die Konkurrenzklausei für gewerbliche Arbeiter, technische Angestellte und Handlungsgeschäfte eine einheitliche sein muß, habe bekanntermaßen der Deutsche Handels- und Gewerbeverband durch seinen Vertreter auf dem 30. Deutschen Juristentage in Danzig den Standpunkt vertreten, daß eine Sonderregelung für jeden der drei Stände erfolgen müsse. Diese Auffassung hat seinerzeit durch den Juristentag eine sehr gute Welterklärung erfahren. Seitdem hat sich schon wieder eine neue, gewichtige Stimme für die einheitliche Regelung der Vorschriften über die Konkurrenzklausei erhoben. In dem Gutachten, das die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin an den Minister für Handel und Gewerbe gerichtet haben, heißt es:

„Wir schließen uns der Forderung einheitlicher Bestimmungen für alle Kategorien von Angestellten an, obwohl wir nicht verneinen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die Konkurrenzklausei unter Umständen rechtfertigen, für Handel und Industrie verschieden sind. Bei ungleichartiger Regelung würden die Beteiligten im Einzelfalle aus den Angelegenheiten und Arbeitsverhältnissen erheblichen Schaden sehr häufig nicht mit Sicherheit abwägen können, welche Bestimmungen zur Anwendung kommen.“

Man wird diesen Ausführungen insofern beifolgendes können, als sie eine einheitliche Regelung der Materie als löblich motivieren. Darüber, ob die Konkurrenzklausei überhaupt unter gewissen wirtschaftlichen Verhältnissen gerechtfertigt ist, gehen bekanntlich die Ansichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern weit auseinander. Große Angestelltenverbände, wie z. B. der Bund der technisch-industriellen Beamten, haben sich mit Recht für völlige Abschaffung der Konkurrenzklausei ausgesprochen.

Der Auftakt zum neuen Prozeß Becker

in Greifswald vollzog sich, wie man aus von dort schreibt, in ruhigen und konzentrierten Formen, aber in großer sachlicher Schärfe. Gewissermaßen als eine Quint-

Feuilleton.

Brandt Halle eine Stadtbibliothek?

Von Dr. f. W. Lomar-Halle.

(Nachdruck verboten.)

Unter der Ueberschrift „Halle eine Großstadt?“ brachte die „Saale-Zeitung“ in Nr. 479 eine Zuschrift aus dem Feiertage, in welcher vorgelegt wurde, daß für eine Stadt von der Größe Halle ein Sommertheater und verschiedenes andere wünschenswert sei. Der Herr Einnahmer hat darin allerdings eine Stadtbibliothek nicht ausdrücklich genannt als ein Nützliches, es soll daher in folgendem etwas ausführlicher von ihr gehandelt und auf diese Weise nachdrücklich hingewiesen werden, um zu zeigen, daß ein dringendes Bedürfnis auch nach einer städtischen Bibliothek besteht und daß die interessierten Kreise diese schwere Last nicht tothsetzen lassen wollen. Daß man eine untern Verhältnisse angemessene Stadtbibliothek selbst, ist von allen denen, die wissenschaftlich arbeiten oder sich mit mehr oder weniger erster Lesüre fortbilden wollen, oder die ihr Beruf gelegentlich zur Benutzung einer größeren Bibliothek nötig, längst erkannt und oft jämerlich empfunden worden. Abgesehen von den andern hiesigen Fach- und Spezialbibliotheken, die für die allgemeine Benutzung durch weitere Kreise nicht sehr in Betracht kommen, gibt es in Halle zurzeit drei öffentliche Bibliotheken: die Universitätsbibliothek, die Maria- und die Volkshilfslib. Von ihnen ist die erste für die wissenschaftliche Fortbildung der Provinzialen bestimmt, die zweite ihre Ergänzung in mehreren Seminarbibliotheken, die wiederum an die Bedürfnisse der Universität und den außerordentlichen Ansprüchen infolge ihres großen Bekanntheitskreises und ihrer aus frühem Mangel an Mitteln bekannten großen Läden nicht zu genügen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Benutzung einer Bibliothek darunter gebührt, wenn es ihr in vielen Fällen an notwendigen Werken und zeitgemäßer Ausstattung (spezielle Wissenschaft, eine größere Öffnungszeit, eine reichhaltige Handbibliothek u. a.) mangelt. Da diese Punkte schon früher öffentlich herbe-

worden sind (vgl. „Saale-Zeitung“ vom 29. Jan. 1908, 6. Febr. und 7. Juli 1909) so verweise ich auf diese Artikel. Gerade im Bibliothekswesen lassen sich Schäden, die frühere Generationen herbeigeführt haben, nicht so leicht beheben, und bisher war die hiesige Universitätsbibliothek fastlich nicht so interessiert, daß sie in der Lage gewesen wäre, gleichzeitig auch die Aufgaben einer Stadtbibliothek erledigend mit zu erfüllen. Ueber Mangel an Mitteln ist hier schon sehr lange mit Recht geklagt worden. Als Beispiel führe ich nur den bekannten Orientalisten Johann David Michalis, Professor in Göttingen, an, der 1766 in 4. Bande seines Abhandlungsbuches über die protestantischen Universitäten in Deutschland gefaßt hat, wenn Halle nicht zu Beginn des 18. Jahrhunderts bei einer Bibliothek, die man nicht einmal mittelgroß nennen könnte, so klüßlich gewesen wäre, als damals und jetzt (1776) feine andere deutsche Universität und dabei wirklich den Wissenschaften soviel geleistet hätte, so würde er geneigt sein zu behaupten, eine größere, gut ausgewählte, zur Benutzung auf die hiesige Weise geeignete Universitätsbibliothek sei absolut unentbehrlich. Wie es möglich gewesen ist, daß Halle bei diesem Mangel das haben konnte, was es viele Jahre hindurch gewesen ist, könne kaum eine Aufgabe der Philologie über die Literaturgeschichte sein. Indessen sei nicht daran zu zweifeln, daß Halle erheblich mehr geleistet haben würde, wenn es eine bessere Bibliothek gehabt hätte! Diesen Mangel vermehrte also schon damals auch die Existenz der Maria-Bibliothek nicht zu vermindern. Diese letztere besteht überwiegend aus älterer Literatur und hat recht beschränkte Bücherbestände und Öffnungszeiten; sie blüht zu sehr im Verborgenen, über ihr Vorhandensein und die Lage ihres Gebäudes läßt viele nicht orientiert, ihre Benutzung läßt daher sehr zu wünschen übrig. Sie wird aus Mangel an Mitteln auch künftig immer mehr zurückbleiben. Die Mängel etwa durch reichere Dotierung zu beheben, hat die Kirchengemeinde aber keine Veranlassung, da es Sache der Kommune ist, auch für die geistlichen Bedürfnisse der Bürger zu sorgen. Endlich gibt es hier noch die Volkshilfslib. der Bürger des Vereins für Volkswohl, welcher die Stadt seit 1900 eine Unterhaltung von 4000 Mark gewährt, und die hauptsächlich Unterhaltungsliteratur pflegt, ältere und erste wissenschaftliche, Fach- und entwerfende Werke, Lesüre über Tagesfragen gründlich sammeln, so daß die meisten Einwohner Halle sich von ihr fernhalten. Von diesen drei hiesigen Bibliotheken ist allein

die Benutzung der Maria-Bibliothek unentgeltlich. Der hauptsächlichste Einwand gegen die Gründung einer Stadtbibliothek in Halle wird nicht gerade in einem Hinweis auf das Vorhandensein einer Universitätsbibliothek in unserer Stadt bestehen, jedoch zu Unrecht, denn die Existenz einer rein wissenschaftlichen Universitätsbibliothek an Ort und Stelle ist nicht gleichbedeutend mit der tatsächlichen, leider noch nicht reichlich statuierten Verpflichtung zur Begründung und Unterhaltung einer mehr oder weniger streng wissenschaftlichen und vollständigen Stadtbibliothek zu sorgen. Die Tendenzen einer Universitäts- und einer Stadtbibliothek sind ganz verschieden, ersterer soll nur wissenschaftlichen Zwecken dienen, letztere sowohl diesen als auch allgemeiner Bildung und erweiterndem Belehrung. Diese beiden Ziele lassen sich aber nur in kleineren Universitätsstädten zur Not kombinieren, in Halle bei seiner jetzigen Größe dagegen kann es nie Bänderte nicht mehr beide Gattungen in sich vereinigen, vielmehr wird es zu einer mit jedem Tag dringenderem Notwendigkeit, daß unsere Universitätsbibliothek nach der wissenschaftlichen, populärwissenschaftlichen und sozialen Seite durch eine Stadtbibliothek entlastet und ergänzt werde. Freie der Stadt kann auch die Stadt eine die Schulbildung übersteigende Bildung nicht geben, aber sie hat die Aufgabe, die Bedingungen zu ihrer bequemeren Erlangung herbeizuführen. In anderen Städten von ähnlicher Größe ist dies auch längst erkannt worden. Von 22 Städten, die größer sind als Halle, haben 18 Stadtbibliotheken, 4 aber nicht, nämlich München und Stuttgart, in denen eine solche infolge der ganz außerordentlichen Einflüsse staatlicher usw. Bibliothekverhältnisse sogar entschlossen ist, ferner Eisen, wo die Krupp'sche Bücherhalle einen Ersatz bietet, und Duisburg, wo wieder das geistige Leben bei weitem nicht so regt wie bei uns in Halle. Daß die Universitätsbibliothek hier eine besondere Stellung einnehmen und mehr Opfer für literarische Zwecke verlangen, läßt sich nicht leugnen, und so bestehen auch die größeren von ihnen fast alle reiche Stadtbibliotheken. Würden die Magistrat und Stadtvorstand wohl aufmerksam die zur Unterhaltung dieser Institute nötigen Mittel bemessen, wenn sie nicht dringend nötig wären? Es läßt sich nicht leugnen, daß es bei uns in Halle bisher an der Erkenntnis der hohen theoretischen und praktischen, kulturellen und materiellen Bedeutung und an der dementsprechenden tätigen Inangriffnahme und liebevollen Pflege einer Stadtbibliothek gefehlt hat. Während für Volks-, Fortbildungsschulen usw.

Dr. f. W. Lomar-Halle

Die Unruhen in Mexiko.

Aus New York wird gemeldet:
Aus der mexikanischen Grenzstadt El Paso in Texas ist gestern die Meldung angekommen, daß der Präsident von Mexiko, Diaz, gestern von Revolutionären ermordet worden sei. Eine Bestätigung dieser Nachricht von anderer Seite liegt nicht vor und war auch nicht zu erlangen, da die Telegraphenlinien zum Teil von den Revolutionären zerstört sind und auf den anderen die mexikanische Regierung die strenge Zensur ausübt. In ganzen Städten der Republik breitet sich, nach den letzten Nachrichten, die Revolution rauh aus. Veracruz, die letzten Nachrichten, die Revolution rauh aus. Veracruz, die letzten Nachrichten, die Revolution rauh aus.

Neuport, 24. Nov. Madros proklamierte sich als Präsident der provisorischen Regierung von Mexiko und fordert seine Anhänger auf, etwas gegen die Ausländer zu unternehmen. Die hiesigen Banken, die mit Mexiko in Verbindung stehen, erklären, daß die Lage dort ruhig sei und die Regierung anscheinend die Oberhand gewonnen habe.

Protestversammlung gegen die Fleischnot.

Wien, 24. Nov. (Privattelegramm.) Gestern Abend fand in der Volkshalle eine von der sozialdemokratischen Partei einberufene, von circa 8000 Menschen besuchte Protestversammlung gegen die herrschende Fleischnot statt. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer unter unaufhörlichen Rufen gegen die Regierung am Parlament vorüber auf die Ringstraße. Der Straßenbahnverkehr konnte eine halbe Stunde. Die Polizei fand jedoch keinen Anlaß zum Einschreiten.

Kreta.

Die Nationalversammlung ist in Kanan im Namen des Königs nach Griechenland eröffnet. Die Kammer erneuert für Anklagen an die Mächte wegen Vereinigung mit Griechenland. Die türkischen Deputierten erhoben keinen Widerspruch.

Provinzial-Nachrichten.

Schon zwanzig Eistage auf dem Broden.

(Originalbericht. Nachdruck verboten.)
Mittwoch, 23. November 1910.
Seit Anfang der Woche haben wir auf dem Broden strenges Frostwetter und leichte Schneefälle zu verzeichnen. Die Schneefälle in den letzten 48 Stunden waren ziemlich bedeutend, sie ließen 20 Millimeter Schmelzwasser und erhöhten die Schneedecke auf der Brodenplatte um fast 7 Zentimeter; auch haben wir im Monat November bis jetzt 20 Eistage zu verzeichnen. (Bei Eistagen bleibt das Maximum unter Null.) In der Nacht zum Dienstag ging die Temperatur bis auf -3,1 Grad C. hinab, und am 22. schwannte die Temperatur zwischen -5,0 und -6,0 Grad C. Bei festem Barometer verstand nach langer Zeit gestern gegen 10 1/2 Uhr vormittags der Nebel und plötzlich tauchte bei prachtvollem Sonnenschein die Harzlandschaft vor unseren Blicken auf. Sichtbar wurde fast der ganze Nordrand des Berges und auch die Kiefern bis gegen Silberhütte hin; auch nach Osten und Westen zu wurde es klar, und nur die Berge in der Richtung nach St. Andreasberg und Braunlage blieben verhüllt. Unsere Freude sollte aber nur von kurzer Dauer sein; im Westen und Nordwesten zogen neue Wolken auf und um 12 1/2 Uhr mittags war der Broden wieder in dichten Nebel gehüllt und abends trat wieder Schneefall und Schneetreiben ein. - Heute früh Nebel, Schneefall und Nordweststurm Stärke 7. Dabei vier Grad Kälte.
Der Kaufkraftanstieg ist infolge des anhaltenden Nebels und des Wechsels der Windrichtung prächtig entwickelt, die Landschaft

bietet auf der Brodenkuppe alle Reize einer typischen Winterlandschaft.

Zum Schneeschichten sind die Verhältnisse ganz vorteilhaft, die ganze Hochfläche bietet fast eine glatte, weiche Bahn dar, wie sie schöner nicht gedacht werden kann.

Augenblicklich lagern am Brodenhaus und Observatorium Schneehöhen von 2-3 Meter Höhe, und die drei Schneeschnepper auf dem Gipfel sind nur mit Schneeschuhen erreichbar. Bei veränderlichen Winden dürfte das Frostwetter, begleitet von Schneefällen, weiter anhalten.

Zwangspackerfen.

Wernshausen, 22. Nov. Gelegentlich einer Besichtigung der Kammergarnspinnerei Wernshausen durch den launmännlichen Vertreter Schmalkalden hielt Bankier Sprunz einen Vortrag über Wechthirtsanrichtungen.

Herr Sprunz empfahl den Fabrikanten, Zwangspackerfen für jugendliche Arbeiter vom 16. bis 25. Lebensjahr dergestalt einzurichten, daß diese nur dann in den Fabriken Beschäftigung finden sollen, wenn sie sich der Verpflichtung unterwerfen, von ihrem Lohn - je nach den ö. lichen Beschäftigten - 5 bis 15 Prozent in Abzug bringen zu lassen. Diese Beträge sollen nach jedem Lohn- tag bei der zuständigen Sparanlage auf den Namen des betreffenden Arbeiters mit 4 Proz. verzinstlich angelegt werden. Der Fabrikant soll dann, um den Sparfonds der Arbeiter zu fördern, weiterhin 2 Proz. Zinsen bezahlen, so daß sich die erparten Beträge jährlich mit 6 Proz. vergrößern. Die Sparföndsbücher sollen in Verwahrung der Fabrikanten bleiben und der jugendliche Arbeiter darf von den erparten Beträgen vor seinem 25. Lebensjahr nur in besonderen Ausnahmefällen, wie z. B. bei seiner Heirat, oder während seiner Militärdienstzeit Gebrauch machen.

Blutiger Zweikampf.

L. R. Dresden, 24. Nov. (Priv.-Tel.) Ein Pistolenduell hat, wie erst jetzt bekannt wird, am Sonntag im Moritzburger Wald bei Dresden stattgefunden. Es waren daran zwei Dresdener Herren beteiligt, von denen der eine beim dritten Augenschuß einen Schlag in den Unterleib erhielt. Der Grund zu diesem Zweikampf ist in geschäftlichen Differenzen zu finden.

Ammerdorf, 23. Nov. („Sang und Klang“ - Brand) Der Gesangsverein „Sang und Klang“ hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens recht kräftig und fröhlich entwickelt; denn er zählt bereits 60 Mitglieder, darunter 40 aktive Sänger. In der Kirche zu Radewell und Ammerdorf hatte der Chor bereits Gelegenheit, seine Leistungen zu zeigen. Das erste selbständige Konzert soll am 1. Dezember in Gaudius Lokal stattfinden. Der Abend soll Robert Schumann gewidmet sein. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Frau Pastor Walthebar (Alt), Herr Pastor Walthebar (Klavier) und Herr Hetschold (Saxo). - Die freiwillige Feuerwehr wurde gestern mittag gegen 1 Uhr alarmiert. In einem Keller des Herrn Bauunternehmer Ademann gehörigen Hauses Halleische Straße 10 waren Säge u. a. m. in Brand geraten. Hilfsbereite Hausbewohner, Nachbarn und einige Feuerwehrleute löschten den Brand. Der Schaden ist nicht bedeutend.

Kadewell, 23. Nov. (Stiftungsfest.) Der Verein der Gollwitzer von Ammerdorf und Umgebung feierte am Montag im Gollwitzer des Herrn Hoffmann hier sein Stiftungsfest. An das Festmahel reichte sich der übliche Ball, der die Teilnehmer in fröhlicher Stimmung lange vereinte. Die Monatsversammlung im Dezember findet bei Herrn Zimmermann in Ammerdorf statt.

Waldau, 23. Nov. (Einbruch) Ein dreifacher Einbruch wurde am Sonntag zwischen 6 und 7 Uhr abends bei Herrn Brauereirevisor H. hier verübt. Der Dieb stieg, nachdem er den Fensterladen geöffnet hatte, durch das nicht zugewinkelte Fenster in die Wohnung. Aus einem Schrank, in welchem S. Geld aufbewahren pflegte, da er Vertreter mehrerer Kassen ist, und der erbrochen wurde, entwendete der Dieb eine Kasse mit 100 Mk. in Gold und 50 Mk. in Silber. Da es der Dieb ebenfalls recht eilig hatte, entging ihm eine zweite aufbewahrte Summe. Der Diebstahl muß das entwendete Geld erlegen, da es von ihm erst zuvor einsteigelt worden war. Man schließt, daß es von ihm mit den Verhältnissen vertraute Person den Diebstahl ausgeführt hat; in Betracht kommen zwei verdächtige Männer.

Lothen, 23. Nov. (Die neue Braunkohlengrube.) Die Vorarbeiten zu der von der Verwaltung der Zeiger Braunkohlengrube und Colardl-Fabrik geplanten Anlage einer neuen Braunkohlengrube in hiesiger Feldmark sind nun soweit gebräut, daß nach Einholung der Genehmigung von der zuständigen Behörde voraus-

sichtlich am 1. Dezember d. J. der erste Spatenstich gesetzt werden wird. Die Abraumarbeiten sind bereits vergeben und der Firma Müller-Sannover, Abraumbrüche, übertragen worden. Die Herstellung der erforderlichen Mittelstellen, schließlich des Baggers und der Lokomotiven mit Zubehör wird deshalb schon in nächster Zeit beginnen. Die eigentliche Baggerarbeit wird jedoch erst am 1. März aufgenommen; laut Vertrags mit der Vermaltung der neuen Grube muß bereits am 1. April in 3 ein Abschluß von etwa 900 000 hl freigelegt sein. Die Steinlage wird von Namen „Bermine Henriette III“ erhalten. Die Kasse wird ausschließlich in Tagelohn gewonnen. Die Abtragung des Kohlenflusses und die Wassererhältnisse werden als sehr günstig bezeichnet. Für Beherbergung der Arbeiter ist ein Barackenbau in Aussicht genommen; auch eine Kantine wird erziehen, doch soll hier vorzeitig nur die Verabfolgung alkoholfreier Getränke stattfinden.

Wesmig, 23. Nov. (Krähen als Rebhühnerfänger.) Auf einem Ackergrundstück hier wurde die Beobachtung gemacht, daß eine Reihe Rebhühner von 12 Stück schnell über das Feld lief, um in einem neuen Saatfelde Deckung zu suchen. Eins der Tiere, welches ebenfalls eine Schutzperleung hatte, konnte nur langsam folgen und blieb merkwürdig zurück. In unmittelbarer Nähe befindliche Krähen fielen über den Nachzügler her und bezaubelten ihn derartig mit Schnabelstichen, daß er bald gerannt und gerufft vorerbte und den Krähen zur Beute wurde. Sogar gelandete Rebhühner werden von Krähen angegriffen; doch müssen erstere durch geschickte und schnelle Bewegungen den Klumpen Angriffen zu entgehen und verlassen sogar, dieselben zu parieren.

Wersburg, 23. Nov. (Pfeifer Kiem) in Dohmentun bei Salze wurde als Präparandendrucker nach Wersburg berufen. Domine Wernz, 23. Nov. (Zusißium der Kloster-schule Domborf.) Die Klosterschule Domborf bezieht im Jahre 1911 die Fester ihres 850jährigen Bestehens. Alle ehemaligen Schüler, die sich an der Jubelfeier beteiligen wollen, werden gebeten, ihre eigene Adresse und die anderer ehemaliger Schüler dem Rektor der Klosterschule Domborf (Bischofshalle a. S.) mitzuteilen.

Münchsberrnsdorf, 23. Nov. (Der Streif der hiesigen Teppichweber) ist von der Streikleitung offiziell als beendet erklärt worden. Die Streikenden haben nichts erreicht.

Braunkohl i. Oberharz, 24. Nov. (Wetterbericht vom 23. November.) Schneehöhe: 50-60 cm; Temperatur: -1 Gr. R.; Barometer: fest; Windrichtung: Südwest; Wegeverhältnisse: gut; Frost: mäßig; Stübchen: gut; Nebel: gut; Schichtenbahn: vorzüglich; Mitteilungen: Herrliche Winterlandschaft, wunderbarer Schneehöhen. Besondere Veranstaltungen: Vom 27. bis 31. Dezember „Große Sportwoche“.

Sangerhausen, 23. Nov. (80 Jahre!) Heute, am 23. November, feiert Frau Geheimrat M. von Doetinchem ihren 80. Geburtstag, den sie im Kreise ihrer Familie in Hfeld, dem Wohnort ihres jüngsten Sohnes, des Königl. Landrats Herrn Ludwig v. Doetinchem, verlebte. Frau Geheimrat v. Doetinchem wohnt seit dem Jahre 1862 in Sangerhausen, wo sie an der Seite ihres Gatten die Gründung der jetzt hier bestehenden Wohltätigkeitsvereine in Angriff nahm. Frau Geheimrat v. Doetinchem ist Besitzerin der Roten Kreuzmedaille 2. Klasse. 45 Jahre hat Frau Geheimrat die Kaiserlich-königlichen Frauenvereine im Kreise Sangerhausen geleitet.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel, Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Carl Meiner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Neudtzwanger; für den Inseratenteil: i. V. Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hensel, Samsitz in Halle a. S.
- Diese Nummer umfasst 12 Seiten. -

Unsinn! Man wickelt ein Kind nicht in Watte!

Es muß auch bei schlechtem Wetter hinaus - nicht nur zur Schule, sondern auch zum Spiel. Aber bestehen muß man sich freilich, und das tut man, wenn man den Kindern immer ein paar Edener Mineral-Balisen (Rang adole) mitgibt. Die sorgen schon dafür, daß gefährliche Neigungen der Schwärzlinge vermieden werden und daß die Kinder keinen Schaden nehmen. Wo Kinder sind, dürfen einfach Rang adole Edener nicht fehlen! Man fault sie für 85 - 1 die Schachtel in allen einschlägigen Geschäften.

Ein Doppelwaggon

Rotkäppchen - etc. Sekt

für den Weingrosshandel in Halle a. S.

ist heute wiederum eingetroffen.

Kloss & Foerster, Freyburg a. U.

Vertreter: Carl Wicht, Halle. Telefon 3436.



